



Presseschau vom 01.03.2015:

Quellen: *Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru*, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news und novorosinform* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind *Nachrichtenquellen aus den neuen ostukrainischen Volksrepubliken in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform)* und *andere ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer)* gekennzeichnet. Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Nachts:

Rusvesna.su: Der Donezker Flughafen heute

Wir zeigen Ihnen schockierende Aufnahmen der Miliz vom Flughafen Donezk während der Bergung der Leichen ukrainischer Soldaten.





Weitere Bilder unter <http://rusvesna.su/news/1425173685>

Vormittags:

Rusvesna.su: Der Abgeordnete der „Volksfront“ in der Obersten Rada Konstantin Mateychenko hat einen Gesetzentwurf ins Parlament eingebracht, wonach die Strafen für Kritik an der Regierung erhöht werden.

Der Gesetzentwurf Nr.2225 schlägt eine Änderung des Strafgesetzbuches der Ukraine vor, nach der für "vorsätzliche Handlungen, die die Autorität des Staates und der Regierung untergraben" ein verstärktes Strafmaß vorgesehen ist, berichtet "Nowoje Wremja".

„Gesellschaftlich gefährliche rechtswidrige Handlungen, die die Autorität der Ukraine als souveränen Staat untergraben, öffentliche Demütigung, Verunglimpfung oder andere Aktionen der Untergrabung der Autorität der Behörden, Kommunen und Verbände der Bürger der Ukraine und / oder zynisches, geringschätziges und ablehnendes Verhalten gegenüber einzelner Organe der öffentlichen Verwaltung (und seiner seine zuständigen Gremien) und gegenüber dem Staat als Ganzes wird mit Besserungsarbeit bis zu zwei Jahren, mit einer Freiheitsstrafe von zwei Monaten bis zu zu drei Jahren bestraft werden ", heißt es im Gesetzentwurf, der auf der offiziellen Webseite des Parlaments veröffentlicht wurde.

In der Begründung wird auch erklärt, dass das Gesetz keine öffentliche Erörterung erfordert....



Dan-news.info: In der zweiten Hälfte des Februars wurde durch eine Soziologiegruppe der Donezker Nationaluniversität eine soziologische Umfrage unter den Einwohnern der DVR (Donezk, Makejewka, Gorlowka, Sneshnojw, Charzyski) durchgeführt. An der Umfrage, die durch persönliche mündliche Interviews unter Verwendung mehrstufiger Auswahlen erfolgte, nahmen 3217 Menschen teil.

Im Ganzen hat die Mehrheit der Bürger (55,7%) trotz der Schwierigkeiten Vertrauen in die Regierung: 42,1% der Befragten sind überzeugt, dass die Regierung „alles tut, was möglich ist“; 13,6% der Befragten sind mit ihrer Arbeit zufrieden. Weitere 33,3% der Befragten sind der Auffassung, dass „es noch zu früh ist über ihre Arbeit zu urteilen“. Aus den sich ergebenden Zahlen wird deutlich, dass die neue Volksmacht die Unterstützung von Seiten der Bevölkerung des Donbass hat. Die Menschen erwarten von ihr eine effektive Tätigkeit zum Wiederaufbau der Republik.

Grundsätzlich wichtig sind die Antworten der Einwohner der Republik auf Fragen, die die Zukunft des Donbass betreffen. Diese Fragen bestimmen eine gewisse Entwicklungsrichtung der Situation, weil selbst in vergleichsweise ruhigen Perioden Politiker nicht die allgemeine Auffassung ignorieren können, umso weniger ist das in der Zeit eines Bürgerkriegs möglich.

Auf die Frage, „Wie soll Ihrer Auffassung nach das Oberhaupt der DVR A. W.

Sachartschenko zur Regelung des militärischen Konflikts vorgehen?“ wählte die überwiegende Mehrheit der Befragten – fast 70% - die Variante: „Er sollte eine Einigung anstreben, aber dabei die Forderungen der DVR hart verteidigen“. Eine solche Art des Herangehens setzt bestimmte Grenzen für mögliche Kompromisse und muss im Prozess der politischen Regelung berücksichtigt werden. Dabei erhielten extremere Positionen - „er sollte

eine Einigung und einen Kompromiss anstreben“ und „er sollte von einer Position der Stärke aus handeln und das Problem auf militärischem Weg lösen“ vergleichsweise wenig Zustimmung (13,6% bzw. 11,9%). Das heißt, sie können als marginal angesehen werden und dies ist ein sehr wichtiges Resultat der Untersuchung, denn, wenn man nach den Massenmedien aller Seiten oder nach den sozialen Netzen urteilt, entsteht ein – wie jetzt deutlich wird – unrichtiger Eindruck, dass alle Einwohner der DVR eine Fortsetzung des Krieges fordern.

Hier ist es auch wichtig zu erwähnen, wie sich die Auffassungen bezüglich einer Schlüsselfrage aufteilen: „Welche Variante der Zukunft der DVR erscheint Ihnen persönlich richtig?“ Nur 19% der Befragten sehen eine Zukunft des Donbass im Rahmen der Ukraine und auch die nur als ein selbständiges Subjekt im Rahmen einer föderativen Ukraine mit einem hohen Maß an politischer und ökonomischer Selbständigkeit. Die Mehrheit - 74,6% - stellt sich keine Zukunft im Rahmen der Ukraine vor, selbst dann nicht, wenn sie föderativ ist. Dies ist ein sehr wichtiges Signal, auch für Kiew, für den Fall, dass es eine Politik von einer Position des Realismus und nicht von bizarren Utopien aus führen will.

Notwendig ist es auch, die praktisch einstimmige Auffassung der Donezker bezüglich dessen zu berücksichtigen, ob die Kampfhandlungen im Donbass eine militärische Aggression der Ukraine gegen die eigenen Bürger sind. 94,1% der Befragten Einwohner der DVR sind ganz oder teilweise mit dieser Behauptung einverstanden. Es ist dieses „Verdienst“ des Kiewer Maidan-Regimes, das von allen Beteiligten am Prozess der politischen Regelung und der Wiederaufnahme der ökonomischen Zusammenarbeit berücksichtigt werden muss.

Im Ganzen zeigte die Befragung, dass einerseits die neue Regierung in der DVR sich schrittweise Autorität und Achtung erkämpft hat, aber auf der anderen Seite, dass der Prozess der politischen Regelung und der Regelung der Beziehungen zur Ukraine ein langer und sehr schwieriger Prozess sein wird.

Ria.ru: Kiew hat ab Sonntag ein Verbot der Einreise für russische Staatsbürger in die Ukraine mit Personalausweisen erlassen.

Das Kabinett der Ukraine hat die Entscheidung getroffen, die Regeln für den Übertritt von Bürgern der RF über die Staatsgrenze zu ändern. Kiew beschuldigt die RF der Unterstützung der Milizen in dem militärischen Konflikt im Donbass und vertritt die Auffassung, dass die Verschärfung der Regeln für das Passieren der Staatsgrenze für russische Staatsbürger es erlaubt, die Staatssicherheit des Landes zu erhöhen.

Die Regierung der RF erklärte, dass sie die Entscheidung der ukrainischen Regierung bedauert, teilte aber gleichzeitig mit, dass sie ihrerseits kein Verbot für die Bürger der Ukraine aussprechen wird.

Das Kabinett der Ukraine führte das Verbot zur Einreise in die Ukraine mit Personalausweisen durch eine Änderung einer Vereinbarung zwischen den Regierungen der Ukraine und der RF von 1997 ein, die es vorsah, dass die Bürger der beiden Ländern ohne Visum und Reisepass das jeweils andere Land besuchen können.

Dan-news.info: Die Behörden von Donezk haben in der vergangenen Nacht keinen Beschuss der Stadt festgestellt, am Morgen sei die Situation immer noch ruhig, teilt die Stadtverwaltung der Hauptstadt der DVR mit.

Die Wiederaufbauarbeiten in der Hauptstadt gehen weiter. „In den letzten 24 Stunden haben die Reparaturbrigaden der kommunalen Unternehmen die Arbeit von zwei Transformatorunterstationen im Kiewskij-Bezirk der Stadt wiederhergestellt.“

Die Situation in Donezk am Morgen des 1. März sei so, dass 41 Transformatorunterstationen in den Bezirken Kiewskij, Kujbyschewskij und Petrowskij außer Betrieb sind, ohne Gasversorgung seien 4259 Verbraucher, 37 Heizwerke funktionieren nicht. Der städtische Transport verlaufe normal.

Rusvesna.su: Am Vorabend des Frühlings waren in einer der Schuhgeschäfte in Ternopol Zahlen wie 65, 50, 70 auf den Preisschildern zu lesen. Die Käufer reagierten überrascht auf die niedrigen Preise.. Auf die Frage an den Verkäufer, was diese Zahlen bedeuten, stellte sich heraus, dass der Preis in Dollar ausgewiesen war.

In einem anderen Laden wurden Schuhe in Euro ausgepreist. Darüber informierte die Agentur «0352.ua» nach Angaben von Lesern....

"Wenn die Menschen die Preise von Waren in Dollar ausweisen, reagieren sie offenbar auf die Tatsache, dass sich der Wechselkurs sehr schnell ändert. Unternehmer finden es wahrscheinlich schwierig, die Preisschilder stündlich ändern“, sagte der Ökonom Michail Lutschko...

De.sputniknews.com: Nach dem Mord am Oppositionspolitiker Boris Nemzow hat der russische Fernsehsender TVC ein Überwachungsvideo vom Tatort ausgestrahlt. Auf den unscharfen Bildern ist offenbar auch der Täter zu sehen.

Das Video zeigt, wie um 23:30 Uhr (21.30 MEZ) zwei Fußgänger auf der Großen Moskworezki-Brücke in Moskaus Stadtkern erscheinen. Bei ihnen soll es um Nemzow und seine Freundin handeln. Von hinten nähert sich ein Fahrzeug der Straßenreinigung. Um 23.31 Uhr wird das Paar vom Fahrzeug überholt für die Überwachungskamera unsichtbar gemacht. Eine Sekunde später läuft ein Mann auf die Straße. Bei ihm könnte sich um den Täter handeln. Der Mann steigt in einen Pkw ein und flüchtet. Das Reinigungsfahrzeug fährt noch einige Meter und bleibt dann stehen. Mehrere Personen laufen auf dem Fußweg entlang. Eine davon soll Nemzows Freundin sein. Sie nähert sich dem Reinigungsfahrzeug an. Um 23:42 Uhr trifft die Polizei ein.

Dan-news.info: In den letzten 24 Stunden wurden in der DVR 26 Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt, teilte heute das Verteidigungsministerium der DVR mit. „In den letzten 24 Stunden wurden 26 Beschüsse aus Granatwerfern festgestellt. Beschossen wurde die Gegend um Donezk.“ Im Ministerium wurde auch erklärt, dass heute die abschließende Phase des Abzugs schwerer Waffen von der Kontaktlinie stattfindet. „Heute, um 9:30, begann wie geplant der Abzug in südliche Richtung, bisher verläuft er ohne Vorkommnisse“, sagte ein Vertreter des Verteidigungsministeriums.

De.sputniknews.com: Die Verwaltung der Stadt Sewastopol, die nach dem Umsturz in der Ukraine 2014 Russland beigetreten ist, hat beschlossen, 13 Industriebetriebe, darunter auch die Werft Sewmorsawod des ukrainischen Staatschefs Pjotr Poroschenkos, zu nationalisieren.

Wie die Stadtverwaltung auf ihrer Webseite informiert, wurde die Entscheidung am Samstagabend — nach Zustimmung des Stadtparlaments — getroffen und vom Gouverneur von Sewastopol Sergej Menjailo unterzeichnet. Diese Maßnahme sei notwendig, um den Normalbetrieb dieser Unternehmen sicherzustellen, so die Stadtverwaltung. Dies liege sowohl im Interesse der Stadt als auch im Interesse von Zehntausenden Arbeitnehmern. Die Regierung von Sewastopol hatte ursprünglich vorgeschlagen, insgesamt 35 Unternehmen ins Eigentum der Hafenstadt zu überführen. Der Vorstoß wurde jedoch vom Parlament als dem russischen Recht widersprechend abgelehnt. Auf der neuen Liste stehen nur noch 13 Unternehmen. Die meisten sind im Bereich Schiffsbau und —Reparatur tätig und mit Poroschenkos Sewmorsawod verbunden.

Laut Sewastopol-Gouverneur Sergej Menjailo sind die Produktionsanlagen von Sewmorsawod stark verschlissen und haben einen akuten Modernisierungsbedarf.

Sewmorsawod (abgekürzt für Sewastopolski Morskoi Sawod, zu dt. „Sewastopoler Seewerk“) wurde bereits 1783 gegründet und entwickelte sich zu Sowjetzeiten zum größten Schiffsbauunternehmen in Sewastopol. Seit 2010 gehörte Sewmorsawod zum Konzern Ukrprominvest des ukrainischen Präsidenten und Milliardärs Pjotr Poroschenko. Im September schrieb Poroschenko die Werft zum Verkauf aus.

Die Krim gehörte seit 1783 zu Russland, bevor der sowjetische Staatschef Nikita Chruschtschow 1954 diese Schwarzmeer-Halbinsel symbolisch von der Russischen Sowjetrepublik an die Ukrainische Sowjetrepublik – beide im Bestand der Sowjetunion – „verschenkte“. Nach dem Zerfall der Sowjetunion im Dezember 1991 blieb die von Russen dominierte Krim automatisch in der Ukraine.

Am 16. März 2014 stimmte die Krim-Bevölkerung in einem Referendum mehrheitlich für eine Abspaltung von der Ukraine und für eine Wiedervereinigung mit der Russischen Föderation. Zwei Tage später unterzeichneten der russische Präsident Wladimir Putin und die Regierung der Krim einen Vertrag über die Aufnahme dieser Schwarzmeerhalbinsel und der Stadt Sewastopol in die Russische Föderation.

Der Anlass für das Referendum war der Februar-Umsturz in Kiew, bei dem die Opposition Präsident Viktor Janukowitsch entmachtet und eine von Nationalisten geprägte Regierung gestellt hatte. Westliche Staaten haben den Sturz von Präsident Viktor Janukowitsch und die von der Opposition gestellte Regierung anerkannt, jedoch nicht das darauf gefolgte Referendum auf der Krim.



Nachmittags:

Rusvesna.su: Die OSZE ruft im Zusammenhang mit dem Tod des Fotojournalisten von "Segodnja" Sergei Nikolaev erneut beide Seiten auf, die Sicherheit der Journalisten im Donbass, die über Ereignisse in der Region und in der Ukraine insgesamt berichten, zu gewährleisten.

Dies wurde von der OSZE-Sonderbeauftragten für Medienfreiheit, Dunja Mijatovic, erklärt.

De.sputniknews.com: Einen Tag nach dem Mord an Boris Nemzow haben Zehntausende Menschen am Sonntag im Zentrum von Moskau mit einem Trauermarsch des Oppositionspolitikers gedacht.

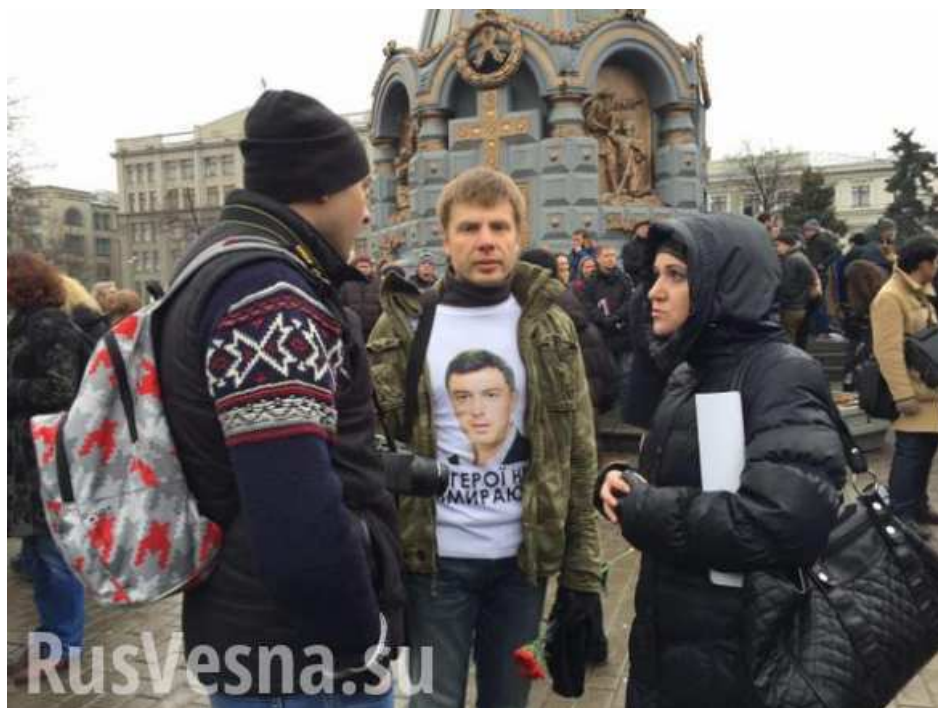
Die Veranstaltung dauerte rund drei Stunden und ging mit einer Blumenniederlegung am Tatort zu Ende. Nach Angaben der Polizei nahmen 21.500 Menschen an dem von der Opposition organisierten Trauermarsch teil. Die Organisatoren sprachen von bis zu 50.000 Teilnehmern. Der Marsch verlief ruhig. Zum Abschluss hielt Nemzows Mitstreiter, Ex-Regierungschef Michail Kassjanow, eine Rede...

Boris Nemzow, Co-Vorsitzender der Oppositionspartei RPR-Parnas und ehemaliger Vize-Regierungschef Russlands, wurde in der Nacht zum Samstag im Zentrum von Moskau unweit vom Kreml erschossen. Der 55-Jährige wurde nach Angaben von Ermittlern mit vier Schüssen in den Rücken getroffen. Die Behörden prüfen verschiedene Motive für die Tat. Der Sprecher des Ermittlungskomitees, Wladimir Markin, mutmaßte, dass der Mord einen provokativen Charakter haben könnte, um die innenpolitische Situation in Russland zu destabilisieren. Präsident Wladimir Putin verurteilte den Mord als „gemeinen und zynisch“ und versprach, die Ermittlungen persönlich zu kontrollieren. Die Ermittlungsbehörden haben für Hinweise auf die Täter eine Belohnung ausgesetzt.

Dan-news.info: Die DVR hat heute unter Kontrolle der Vertreter der OSZE den Abzug schwerer Waffen von der Kontaktlinie in Übereinstimmung mit den Minsker Vereinbarungen abgeschlossen, teilte heute der stellvertretende Kommandeur der Milizen der DVR Eduard Basurin mit.

„Die DVR hat den Abzug schwerer Technik beendet, heute haben wir sechs Einheiten „Gwosdika“ in die südliche Richtung abgezogen. Der Abzug fand unter Kontrolle der OSZE-Beobachter statt“, sagte Basurin.

De.sputniknews.com: ... Noch vor Beginn der Veranstaltung (Trauermarsch in Moskau – Anm. d. Übers.) nahm die Polizei den ukrainischen Parlamentsabgeordneten Alexej Gontscharenko fest. Gontscharenko hatte im Mai an den blutigen Ereignissen in der Schwarzmeerstadt Odessa teilgenommen, wo Dutzende Maidan-Gegner in einem Gewerkschaftshaus versperrt und verbrannt wurden. Die Polizei kündigte an, Gontscharenko an die Untersuchungsbehörden „für weitere prozessuale Handlungen“ zu überstellen...





Interfax.ru: Auf einem Trauermarsch im Gedenken an den Oppositionspolitiker Boris Nemzow, der am Sonntag im Zentrum Moskaus stattfindet, wurde der Abgeordnete der Obersten Rada Alexej Gontscharenko der Ukraine vom „Block Petr Poroschenko“ festgenommen. Von der Polizei wurde dies bestätigt.

„Er wird Vertretern des Ermittlungskomitees der RF zur Durchführung weiterer prozessualer Handlungen übergeben“, heißt es dort. Der Grund für die Festnahme wurde nicht genannt. Gleichzeitig erfuhr Interfax aus einer Quelle, die mit der Situation vertraut ist, dass Gontscharenko möglicherweise Beteiligter eines Strafverfahrens in Russland im Zusammenhang mit den Ereignissen am 2. Mai 2012 Odessa ist.

Der Abgeordnete Gontscharenko bestätigte die Information über seine Festnahme während der Aktion in Moskau....

„Ich habe nichts gerufen, keine Plakate oder Fahnen gehalten – ich wurde einfach so festgenommen“, schrieb Gontscharenko in seinem Blog im Portal „Ukrainskaja Prawda“ am Sonntag....

Nach Angaben von Medien hatte Gontscharenko, der damals örtlicher Abgeordneter war, nach der Tragödie in Odessa sein Foto auf dem Hintergrund verbrannter Leichen aus dem Haus der Gewerkschaften in soziale Netze gestellt. In dem ukrainischen Fernsehprogramm „Schuster Life“ hatte er mit Zustimmung von einer „Reinigung“ des Zeltlagers der „Antimaidaner“ auf dem Kulikowo-Feld gesprochen.

Ria.ru: Die LVR habe den Vertretern der OSZE alle nötigen Informationen über den Abschluss des Prozesses des Abzugs schwerer Waffen übergeben, erklärte am Sonntag gegenüber Ria Novosti der Premierminister der LVR Gennadij Zypkalow.

„Die schwere Technik ist vollständig abgezogen. Dies wurde den OSZE-Beobachtern mitgeteilt: dass wir die schwere Technik abgezogen haben, wo sie stationiert ist, wo sich das Personal befindet“, sagte er.

Ria.ru: Die Kiew unterstellte Administration des Lugansker Oblast informierte über die Festnahme von Mitgliedern einer Bande, die von Kämpfen des Bataillons „Ajdar“ angeführt wird, die der Planung einer Provokation in der ukrainischen Hauptstadt beschuldigt werden. Gemäß der Mitteilung der Administration plante die Gruppe, mit Waffen nach Kiew zu reisen. „Nach Tagen machte die Polizei im Lugansker Oblast eine kriminelle Gruppe unschädlich, die von dem Soldaten von „Ajdar“ mit dem Codenamen „Filat“ angeführt wurde. Bei der Festnahme leisteten die Verbrecher bewaffneten Widerstand gegen die Polizei, der Kampf unter Verwendung von Maschinengewehren dauerte eine ganze Stunde. Schließlich wurden die Mitglieder der Bande festgenommen“, heißt es in der Mitteilung. Nach Informationen der Administration bereiteten die Festgenommenen Waffen für die Verschickung nach Kiew zur Destabilisierung der Situation vor, die Waffen wurden konfisziert. Es wurde ein Strafverfahren eingeleitet.

Lug-info.com: Mitarbeiter der Generalstaatsanwaltschaft der LVR haben Mitglieder einer Bande festgenommen, die versucht habe, den Bürgermeister der Stadt Krasnyj Lutsch zu entführen. Dies teilte heute auf einer Pressekonferenz der erste Stellvertreter des Generalstaatsanwalts der LVR Sergej Gorenko mit.

Nach seinen Worten leisteten die Mitglieder der Bande, gegen die wegen einiger Straftatbestände, darunter ungesetzlicher Freiheitsberaubung, ermittelt wurde, gestern bewaffneten Widerstand gegen die Rechtsschutzorgane der Republik. Dabei sei einer der Verdächtigen verletzt worden.

„Im Rahmen der Ermittlungen der Straftatbestände wurde die Teilnahme einer Reihe von Personen an der Ausführung der genannten Vergehen festgestellt. Es wurde ein Befehl zur Festnahme dieser Personen zum Zweck eines Verhörs ausgestellt. Vier Personen aus der ungesetzlichen bewaffneten Formation wurden festgenommen“, teilte Gorenko mit.

Zurzeit führen die Ermittler der Generalstaatsanwalt die notwendigen Ermittlungen durch, in deren Verlauf schon eine große Menge Waffen konfisziert wurden, ca. 2 kg Narkotika, Ausweise und Bargeld.

Der stellvertretende Innenminister der LVR Igor Markow teilte mit, dass die Operation zur Festnahme der Straftäter in dem Moment durchgeführt wurde, als die Banditen versuchten, den Bürgermeister der Stadt Karsnyj Lutsch, Jurij Kondratenko, zu entführen.

„Gestern gab es von Seiten einer ungesetzlichen Gruppen den Versuch, den Bürgermeister von Krasnyj Lutsch zu entführen, aber es gelang nicht den Bürgermeister festzusetzen, sie nahmen den stellvertretenden Bürgermeister fest. Während der folgenden Maßnahmen wurde er befreit“, sagte Markow.

Er erklärte, dass die Mitarbeiter des Innenministeriums längere Zeit bezüglich der Bande ermittelt haben.

„Wir haben dieser Gruppe mehr als 30 Straftaten zugeordnet: Entführung von Menschen, ungesetzliche Beschlagnahme von Transportmitteln, Wohnraum, Begehung von Körperverletzung und schwerer Körperverletzung, Raubüberfälle. All diese Handlungen sind bei uns dokumentiert und jetzt der Generalstaatsanwalt der LVR für die weitere Bearbeitung und für Entscheidungen gemäß dem Gesetz übergeben worden“, sagte der stellvertretende Innenminister.

Er unterstrich, dass die Durchführung der Operation in Krasnyj Lutsch am Freitag in keiner Weise mit der Tätigkeit der im Bereich der Stadt stationierten Kosakenabteilung zu tun hat.

„Die Rede ist von ungesetzlichen Bandenformationen“, sagte Markow.

Rusvesna.su: In Debalzewo wurde von der Volksmiliz in einem der Unterstände der ukrainischen Armee die Flagge des Marine Corps der USA gefunden.

Auf der Fahne ist das Motto zu lesen: «mess with the best die like the rest».

Ob die amerikanische Flagge von Instruktoren der Marines dorthin gebracht wurde oder auf

einem anderen Weg, dazu fehlen, genaue Informationen.



Abends:

De.sputniknews.com: Alexej Puschkow hat vor möglichen US-Waffenlieferungen an die ukrainische Regierung gewarnt. Laut dem Chef des Auswärtigen Ausschusses der Staatsduma (russisches Parlamentsunterhaus) könnten solche Lieferungen die jetzige Waffenruhe in der Ost-Ukraine scheitern lassen.

„Jetzt wird Donezk nicht beschossen. Das ist eben das Hauptergebnis der Minsker Vereinbarungen“, schrieb Puschkow am Sonntag auf Twitter.

„Amerikanische Waffenlieferungen könnten Kiew wieder zum Krieg veranlassen.“ Trotz der vereinbarten Waffenruhe in der Ost-Ukraine hat US-Außenminister John Kerry in der vergangenen Woche neue Sanktionen gegen Russland und Waffenlieferungen an Kiew nicht ausgeschlossen.

Dan-news.info: Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Vermutungen der ukrainischen Seite über die Absicht der DVR, die abgezogene schwere Bewaffnung auf ihre Ausgangspositionen zurückzubringen, entsprechen nicht der Wirklichkeit.

„Ich erkläre verantwortlich, dass die angegebenen Vermutungen nicht der Wirklichkeit entsprechen und nicht als Rechtfertigung für die Nichterfüllung der Verpflichtungen zum Abzug ihrer Waffen von der Kontaktlinie durch die ukrainische Seite dienen können.“ Eine entsprechende Erklärung wurde vom Vertreter Kiews im Gemeinsamen Zentrum zur

Kontrolle und Koordination der Feuereinstellung Generalmajor Alexandr Rosmasnin am 28. Februar an die Adresse der Führung der DVR abgegeben. Der ukrainische General nimmt an, dass die DVR die schwere Bewaffnung nach dem Abzug ins Hinterland angeblich an ihre früheren Positionen zurückführt.

„Solche Erklärungen der ukrainischen Seite werden nach unserer Ansicht gemacht, um die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft von der realen Lage der Dinge beim Rückzug der schweren Bewaffnung durch die ukrainische Seite und von der maximalen Verzögerung dieses Prozesses unter verschiedenen Vorwänden abzulenken.“

Die DVR achtet weiterhin beständig auf den Abzug der ukrainischen Waffen. „Leider stellt die Aufklärung der Armee der DVR nur weitere Fälle der Stationierung einzelner ukrainischer Abteilungen in Verletzung der Minsker Vereinbarungen im nahen Hinterland 20-30 km von der Kontaktlinie fest. Dies ermöglicht die unmittelbare Rückführung der ukrainischen Artillerie auf die zuvor eingenommenen Positionen innerhalb von ein oder zwei Stunden.“

Basurin erinnerte daran, dass die DVR heute den Abzug schwerer Waffen abgeschlossen hat. Insgesamt wurden 26 Artilleriegruppen abgezogen, darunter heute sechs „Grad“-Systeme. „So sind auf den Positionen der Armee der DVR an der Kontaktlinie der Seiten keine schweren Artilleriesysteme mehr zurückgeblieben, deren Abzug in den Minsker Friedensvereinbarungen vorgesehen ist.“

Trotz der fortgesetzten provokativen Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte verzichten die Milizen der DVR auf die Erwidern des Feuers.

„Trotz der im ganzen erreichten Ruhe und den aktiven Friedensanstrengungen von Seiten der Führung der DVR, stellen wir weiterhin einzelne provokative Beschüsse von Positionen der Armee der DVR und von Ortschaften an der Kontaktlinie fest.“

„Artillerieabteilungen der Streitkräfte der DVR sind am 28. Februar und in der Nacht zum 1. März auf die Provokationen nicht eingegangen und haben das Feuer nicht erwidert.“

In den letzten 24 Stunden wurden 29 Beschüsse vom von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Territorium aus festgestellt, darunter vier mit Artillerie. Insbesondere wurde der Donezker Flughafen und sein Umkreis beschossen, wo eine humanitäre Operation zur Entminung des Territoriums und zur Suche nach Leichen ukrainischer Soldaten durchgeführt wird.

„In den letzten 24 Stunden wurden 11 Beschüsse des Flughafens selbst und sieben Beschüsse von Ortschaften in seiner Umgebung festgestellt. Außerdem wurde von den ukrainischen Streitkräften dreimal die Ortschaft Schirokino aus südlicher Richtung, Richtung Mariupol, beschossen.“

Im Rahmen der Arbeit zur Bergung der Leichen ukrainischer Soldaten wurden in den letzten 24 Stunden 15 Leichen entdeckt. Insgesamt wurden in der Zeit seit dem 20. Februar 373 Leichen gefunden, zur Beerdigung wurden der ukrainischen Seite 306 Leichen übergeben, in den letzten 24 Stunden 14. Zuvor war berichtet worden, dass der Fakt des Beschusses des Donezker Flughafens während der Suche nach Leichen von ukrainischen Soldaten durch die anwesenden Vertreter der OSZE und des Roten Kreuzes festgestellt wurde.

Durch Ingenieurabteilungen der Milizen der DVR wurden in den letzten 24 Stunden 77 explosive Objekte in den Ortschaften und landwirtschaftlichen Gebieten unschädlich gemacht.

Mehr als 70 Hektar landwirtschaftliches Gebiet wurde von explosiven Objekten gereinigt. Zurzeit arbeitet das Verteidigungsministerium zusammen mit den zivilen Verwaltungen die Möglichkeit der Teilnahme der Milizangehörigen an vorbereitenden Arbeiten zur Frühjahrssaat aus.

Außerdem gehen die Maßnahmen zur technischen Begutachtung und Bergung der erbeuteten Technik von den Orten der Kämpfe weiter. „In den letzten 24 Stunden wurden vier Panzer, fünf Batterien und vier Lastwagen entdeckt. Nach ihrer Reparatur kommen sie zur Bewaffnung der Armee der DVR.“

Zur Sicherstellung des friedlichen Lebens wurden aus dem Personal der Milizen mehr als 20 Reparatur- und Baueinheiten gebildet, die schon mit der Erfüllung ihrer Aufgaben beim Wiederaufbau der grundlegenden Infrastruktursysteme der DVR begonnen haben.

Ukrinform.ua: Goncharenko wurde freigelassen. Der Präsident der Ukraine Pjotr Poroschenko schrieb auf Twitter, dass ihm der Generalkonsul der Ukraine in Russland berichtet habe, er sei gerade dabei, Goncharenko aus der Haft abzuholen.

Dan-news.info: Die Einführung von einer Steuerermäßigung auf die Einführung von Rüstungsgütern durch die ukrainische Regierung widerspricht der Erklärung Kiews über seine Bemühungen zum Frieden, erklärte heute der offizielle Vertreter der DVR in der Kontaktgruppe zur friedlichen Regulierung, der stellvertretende Vorsitzende des Volkssowjets Denis Puschilin.

„Ich bin gezwungen die Tatsache festzustellen, dass die Friedenserklärungen Kiews nicht mit den realen Handlungen von ihrer Seite übereinstimmen“, erklärte Puschilin. „Ich lenke die Aufmerksamkeit darauf, dass die günstigere Art und Weise der Einfuhr von Waffen auf das Territorium der Ukraine sowohl der Lieferung von Waffen mit „Verteidigungsbestimmung“ als auch zu Angriffszwecken ermöglicht“, erklärte der stellvertretende Sprecher des Parlaments der DVR.

„Wir sind als Seite, die tatsächlich eine friedliche Regelung des Konflikts anstrebt, höchst beunruhigt über solche Schritte der Regierung der Ukraine und lenken ein weiteres Mal die Aufmerksamkeit der Garanten-Staaten auf diese Demonstration der Ignorierung der Friedensinitiativen, die mit solcher Mühe in Minsk erreicht wurden, durch Kiew“, fügte der Vertreter der DVR hinzu.

Wie heute zuvor bekannt wurde, hat der ukrainische Präsident Petr Poroschenko ein Gesetz unterzeichnet, das die Lieferung von Rüstungsgütern aus den USA, Kanada, Brasilien, China, Indien und der Mehrheit der europäischen Staaten erleichtert. Das Gesetz, das eine Veränderung des Steuerkodex der Ukraine vorsieht, verbietet auch die Lieferung von Waffen aus Ländern, die als „Okkupanten-Staaten“ oder „Aggressoren-Staaten“ bezeichnet werden sowie aus dem „okkupierten Territorium der Ukraine“.

Kiew erleichtert Rüstungslieferungen aus westlichen Ländern auf dem Hintergrund von Erklärungen über die Unterstützung des Wegs der friedlichen Regelung des Konflikts im Donbass, der durch die Ergebnisse der Verhandlungen in Minsk bestimmt wird.